

<https://www.sueddeutsche.de/politik/corona-sondervermoegen-klimakrise-bundesverfassungsgericht-bundesregierung-1.5954317>

21.6.2023

Zwingt das Verfassungsgericht die Regierung zum Sparen?

Die Ampelkoalition will die 60 Milliarden Euro aus dem Corona-Sondervermögen nun im Kampf gegen die Folgen des Klimawandels einsetzen. Karlsruhe muss entscheiden, ob die Umbuchung gegen die Schuldenbremse verstößt.

Nachhaltigkeit ist ein vielseitig einsetzbarer Begriff, das war an diesem Mittwoch im Karlsruher Sitzungssaal des Bundesverfassungsgerichts zu beobachten. Regierung und Opposition saßen sich dort gegenüber, denn die Unionsfraktion hat die Ampelkoalition verklagt, weil sie mit der Schaffung eines 60 Milliarden Euro schweren Sondervermögens gegen die [Schuldenbremse](#) verstoßen habe. Eine Klage im Dienste der Nachhaltigkeit also, denn die Schulden von heute sind die Lasten von morgen.

Die Kredite sollten aus Sicht der Ampel freilich einem guten - weil nachhaltigen - Zweck dienen: Sie wurden inzwischen in einen Klima- und Transformationsfonds überführt, um die Konsequenzen des Klimawandels für künftige Generationen zu mildern.

Die Anhörung war eine Premiere für das [Bundesverfassungsgericht](#), denn zum ersten Mal befasst es sich mit der 2009 veränderten Schuldenbremse. Sie war damals unter dem Eindruck der Finanzkrise ins Grundgesetz geschrieben worden, als Heilmittel gegen die ausufernde Staatsverschuldung.

Aber weil Politik die schwer vorhersehbaren Zeitläufte nicht allein mit Sparsamkeit bewältigen kann, wurde eine Ausnahme für Naturkatastrophen oder außergewöhnliche Notfallsituationen vorgesehen. Das war weitsichtig, und 2020 war es soweit - die Pandemie brach über das Land herein, die Regierung brauchte Geld und holte es sich mithilfe

der Notfallklausel. Dagegen hat niemand Einwände erhoben, denn genau für solche Fälle war die Ausnahmegesetzgebung gedacht.

Warum die Klimakrise kein Notfall ist

Als sich im Verlauf der Krise aber herausstellte, dass eine Kreditermächtigung von 60 Milliarden Euro übrig bleiben würde, wollte die Regierung die zusätzlichen Mittel nicht einfach verfallen lassen, sondern verschob den Betrag in ein Sondervermögen für die nächste Krise - in einen Energie- und Klimafonds (später in den Klima- und Transformationsfonds überführt). Doch die Klimakrise, auch darüber herrscht Einigkeit, ist gerade kein Notfall im Sinne der Schuldenbremse, sondern eine langfristige Transformationsaufgabe.

<https://jungfreiheit.de/politik/deutschland/2023/cdu-abgeordneter-klimawandel/> 21.6.2023

Heizungskampf in Niedersachsen! Die AfD bringt einen Antrag gegen das Gebäudeenergiegesetz ein mit dem Titel: „Keine Heizung ist illegal!“. CDU-Politiker André Hüttemeyer findet das gar nicht lustig und fordert, sogenannte Klimawandelleugnung unter Strafe zu stellen.

CDU-Abgeordneter will Leugnung des Klimawandels verbieten

HANNOVER. Der niedersächsische Landtagsabgeordnete André Hüttemeyer (CDU) hat gefordert, das [Anzweifeln des menschengemachten Klimawandels](#) strafrechtlich zu verfolgen. „Illegal, liebe Kolleginnen und Kollegen der AfD, ist alleine ihr Leugnen des menschengemachten Klimawandels. Und das gehört verboten“, sagte Hüttemeyer am Mittwoch im Landtag.

Zudem nahm er die Energiepolitik der Bundesregierung in Schutz. „Eine Illegalität ist selbst bei kritischer Betrachtung des Gebäudeenergiegesetzes nicht zu erkennen.“

Zuvor hatte der stellvertretende Vorsitzende der AfD-Landtagsfraktion, Ansgar Georg Schledde, die Machbarkeit der Umstellung bezweifelt. „60

Prozent der niedersächsischen Wohnungen werden mit Gas geheizt, weitere 20 Prozent mit Öl, gerade einmal zehn Prozent mit Fernwärme. Diese Zahlen alleine zeigen schon die schiere Unmöglichkeit einer radikalen Umstellung auf Wärmepumpe und Fernwärme zur Beheizung von Wohnungen“, monierte Schledde mit Blick auf das geplante Gebäudeenergiegesetz der Bundesregierung. Seine Fraktion hatte [einen Antrag eingebracht](#) mit dem Namen „Wärmewende gleich Wärmeende. Keine Heizung ist illegal!“

<https://www.rnd.de/politik/guenther-ueber-letzte-generation-kriminelle-die-mit-ihren-straftaten-laengst-alle-grenzen-TRAZY6NYWVLPD2LAE4TDR752E.html> 22.6.2023

Günther über Letzte Generation: „Kriminelle, die mit ihren Straftaten längst alle Grenzen überschritten haben“

Kiel. Schleswig-Holsteins Ministerpräsident Daniel Günther hat eine härtere Gangart gegenüber der Gruppe Letzte Generation angekündigt. „Bei der Letzten Generation handelt es sich um Kriminelle, die mit ihren Straftaten längst alle Grenzen überschritten haben“, sagte der CDU-Politiker am Mittwoch in Kiel. „Das Maß ist voll. Wir werden in Schleswig-Holstein jetzt alle Möglichkeiten ausschöpfen, die der Rechtsstaat bietet, um ihren Machenschaften das Handwerk zu legen.“

Schleswig-Holstein dulde nicht, dass unter dem Vorwand des Klimaschutzes kriminelle Akte begangen werden, die viele Menschen persönlich treffen und zu massiver Verunsicherung führen würden, sagte Günther. „Wir alle verfolgen gemeinsam das Ziel des Klimaschutzes.“

Am Dienstag hatte die Gruppe in Neustadt in Holstein eine Jacht mit Farbe besprüht. Außerdem wurde das Wasser im Jachthafen nach Polizeiangaben mit einem Farbstoff grün eingefärbt.

<https://test.rtde.me/russland/173258-russlands-generalstaatsanwaltschaft-stuft-wwf-als-unerwuenschte-organisation-ein/>
21.6.2023

Russische Generalstaatsanwaltschaft stuft WWF als unerwünschte Organisation ein

Nach Greenpeace hat die russische Generalstaatsanwaltschaft nun auch den WWF zu einer unerwünschten Organisation erklärt. Die Behörde behauptet, dass die Stiftung unter dem Deckmantel des Umweltschutzes Projekte umsetze, die der wirtschaftlichen Sicherheit Russlands schaden.

Die Tätigkeit der internationalen Umweltschutzorganisation World Wide Fund For Nature (WWF) ist jetzt in Russland unerwünscht. Diese Entscheidung hat die Generalstaatsanwaltschaft in Moskau getroffen. Am Mittwoch gab die Behörde in einer Pressemitteilung die Ergebnisse einer rechtlichen Prüfung der Stiftung mit Sitz im schweizerischen Gland bekannt.

Die Ermittler begründeten den Schritt damit, dass der WWF seine Tätigkeit in den Bereichen Umweltschutz und Ökoaufklärung nur als Deckmantel für Projekte nutze, die die wirtschaftliche Sicherheit Russlands bedrohten.

In dem Gutachten wurde explizit hervorgehoben, dass die Stiftung von dem britischen Bürger Neville Isdell geleitet werde. Die WWF-Tätigkeit zielt unter anderem darauf ab, den politischen Kurs der Regierung in Richtung einer industriellen Erschließung der Arktis und der Ressourcen arktisnaher Territorien zu stören.

Die Stiftung erarbeite und legitimiere Einschränkungen, die als Grundlage dafür dienen könnten, die Nordostpassage in Richtung der ausschließlichen Wirtschaftszone der USA zu verschieben. Dabei seien die WWF-Initiativen gegen große Erdöl-, Erdgas- und Energieunternehmen sowie Produzenten von Edelmetallen und anderen Bodenschätzen gerichtet.

Ferner teilte die Generalstaatsanwaltschaft mit, dass die Stiftung ein Netzwerk von NGOs geschaffen habe, um Daten über die Umweltschutzsituation in Russland zu sammeln.

<https://test.rtde.me/inland/173255-weidel-als-kanzlerin-afd-will/>

21.6.2023

Weidel als Kanzlerin? AfD will bei Bundesparteitag Kandidat nominieren – CSU-Chefin fordert Verbot

Der Höhenflug der AfD hält ungebremst an. Beim nächsten Bundesparteitag will sich die Partei nun auf einen Kanzlerkandidaten festlegen. Den anderen Parteien von CSU bis Grüne fällt dagegen nur eins ein: ein Parteiverbot. Die Steilvorlage liefert der aktuelle Verfassungsschutzbericht.

Die AfD-Co-Vorsitzende Alice Weidel hat angekündigt, dass ihre Partei bei der nächsten Bundestagswahl einen eigenen Kanzlerkandidaten ins Rennen schicken wird. Wie die Junge Freiheit [berichtet](#), ist bisher jedoch unklar, wer dafür antreten wird. Darüber werde man sich, so Weidel, auf einem Bundesparteitag einig werden. Sie selbst schloss eine Kandidatur nicht aus und sagte:

"Zutrauen kann man sich viel, aber das ist völlig offen, wer dort antritt."

Die politische Konkurrenz hegt dagegen ganz andere Pläne. Die stellvertretende CSU-Vorsitzende Dorothee Bär würde die AfD am liebsten ganz verbieten. Dabei konnte die Partei bei der letzten Insa-Umfrage ein Fünftel aller potenziellen Wähler für sich gewinnen. In einem Spiegel-Interview mit der Schlagzeile "Wie wollen Sie die AfD stoppen?" mit der Grünen-Politikerin Agnieszka Brugger betonte Bär:

"Wenn man die Partei verbieten könnte, wenn das so einfach wäre, würde ich das natürlich machen.".....

https://report24.news/blackrock-rekrutierer-legt-offen-fuer-10-000-dollar-koennen-sie-einen-senator-kaufen/?feed_id=31531 21.6.2023

BlackRock-Rekrutierer legt offen: "Für 10.000 Dollar können Sie einen Senator kaufen"

[James O'Keefe](#), der Gründer von "Project Veritas", landete einen neuen medialen Coup. Ein Rekrutierer des berüchtigten Investmentgiganten BlackRock rühmte sich ihm gegenüber damit, dass sein Unternehmen beliebig Politiker kaufen könne. Auch würde es enorm von Krisen und Kriegen profitieren. Ist es nicht längst an der Zeit, solche Finanzkonzerne zu zerschlagen?

Ein neues [Undercover-Video](#), das von der O'Keefe Media Group (OMG) – dem neuen Projekt von James O'Keefe nach seinem Rauswurf von "Project Veritas" – veröffentlicht wurde, zeigt einen BlackRock-Anwerber.

Dieser prahlt im Gespräch mit dem investigativen Medium, wie die Wall Street in der Lage ist, "Politiker zu kaufen".

Zudem gibt er damit an, dass das Unternehmen vom Krieg in der Ukraine profitiert. Letzteres ist besonders interessant, da BlackRock in letzter Zeit in dem osteuropäischen Land sehr aktiv ist und beispielsweise zusammen mit der US-Großbank JPMorgan [Hunderte Milliarden Dollar](#) für den Wiederaufbau der Ukraine organisieren will.

"Sie wollen nicht in den Nachrichten sein", sagt BlackRock-Anwerber Serge Varlay in dem Video unten. "Sie wollen nicht, dass man über sie spricht, sie wollen nicht auf dem Radar erscheinen."

Auf die Frage, warum das so ist, antwortet Varlay: "Ich vermute, es ist einfacher, etwas zu tun, wenn die Leute nicht darüber nachdenken."

Varlay fuhr fort: "Ich sage Ihnen, es geht nicht darum, wer der Präsident ist – es geht darum, wer die Brieftasche des Präsidenten kontrolliert."

"Und wer ist das?", fragte der Undercover-Reporter. Varlay antwortete: "Die Hedge-Fonds, BlackRock, die Banken; diese Typen regieren die Welt. Wahlkampffinanzierung. Ja, man kann seine Kandidaten kaufen. Zuerst sind da die Senatoren. Diese Typen sind verdammt billig. Haben Sie 10 Riesen? Sie können einen Senator kaufen."

https://www.focus.de/politik/meinung/analyse-von-ulrich-reitz-was-ist-eine-frau-das-neue-trans-gesetz-geht-viel-tiefer-als-sie-denken_id_197015730.html 21.6.2023

Was ist eine Frau? Das neue Trans-Gesetz geht viel tiefer, als Sie denken
Mit dem Selbstbestimmungsgesetz will die Bundesregierung die Rechte von trans Personen verbessern. Vor allem Frauen rebellieren dagegen. Und es stellt sich diese Frage: Bis wohin muss eine Mehrheit der Sicht einer radikalen Minderheit folgen? Aber womöglich verlässt die Regierung auch der Mut.

Am heutigen Mittwoch wollte das Bundeskabinett das sogenannte Selbstbestimmungsgesetz verabschieden, doch noch fehlt die Einigung. Es sollte ein mutiger und selbstbewusster Akt werden. Nun regieren doch noch die Zweifel. Kein Wunder: Erst unlängst ist die Regierung mit einem weitgehenden Eingriff in die Gewissheiten der Bevölkerung, beim Heizungsgesetz, schon einmal fast gescheitert.

Das Selbstbestimmungsgesetz folgt der Gendertheorie. Danach gibt es nicht nur ein biologisches, sondern auch ein soziales Geschlecht. Die gesellschaftspolitische Verschiebung, die mit dem Selbstbestimmungsgesetz stattfindet, heißt: Das soziale Geschlecht wird wichtiger als das biologische Geschlecht. Es wird neu definiert, was eine Frau und was ein Mann ist:

Frau ist, wer sich als Frau fühlt und sich rechtsverbindlich so definiert. Auch Kinder sollen ihr Geschlecht frei wählen dürfen – von einem Alter ab 14 Jahren, wenn die Eltern damit einverstanden sind. Sind sie es nicht, dürfen die Jugendlichen ihre Eltern vor dem Familiengericht verklagen. Für Kinder unter 14 Jahren dürfen die Eltern den Geschlechtseintrag im Standesamt ändern lassen. Nicht einmal eine Beratungspflicht – wie bei Abtreibungen – sieht der Gesetzentwurf vor. Der „Queer-Beauftragte“ der Bundesregierung, Sven Lehmann von den Grünen, hält sie für überflüssig.

<https://www.welt.de/politik/deutschland/article245939924/Europawahl-AfD-Chefs-Chrupalla-und-Weidel-wollen-EU-aufloesen.html> 19.6.2023

„Undemokratisches Konstrukt“ – AfD-Chefs wollen Europäische Union auflösen

Im Leitantrag der Bundesprogrammkommission der AfD wird der Kurs gegenüber der EU weiter verschärft. Die Kommission um die Parteivorsitzenden Chrupalla und Weidel plädiert darin für eine „geordnete Auflösung“. An ihre Stelle soll eine andere Gemeinschaft treten.

Die AfD will ihre Position zur Europäischen Union (EU) weiter verschärfen. Im Leitantrag der Bundesprogrammkommission für das Europawahl-Programm heißt es: „Unsere Geduld mit der EU ist erschöpft. Wir streben daher die geordnete Auflösung der EU an und wollen statt ihrer eine neue europäische Wirtschafts- und Interessengemeinschaft gründen, einen Bund europäischer Nationen.“

Über den Antrag stimmt der Bundesparteitag [der AfD](#) Ende Juli in Magdeburg ab. Der Bundesprogrammkommission gehören die Parteichefs Alice Weidel und Tino Chrupalla, Vertreter der Bundestagsfraktion, Europagruppe und aller Landesverbände sowie die Vorsitzenden der Fachausschüsse an. Der Leitantrag mit dem Vorschlag zum Europawahlprogramm ist bislang nicht veröffentlicht und liegt WELT vor.

.....

https://www.epochtimes.de/politik/deutschland/baerbock-will-kampf-gegen-desinformation-ausweiten-und-koennte-pressefreiheit-gefaehrden-a4310267.html?utm_source=social&utm_medium=telegram 20.6.2023

Baerbock will Kampf gegen „Desinformation“ ausweiten – und könnte Pressefreiheit gefährden

Die jüngst vorgelegte Nationale Sicherheitsstrategie widmet sich unter anderem dem Thema der „Desinformation“. Eine klare Definition des Begriffs kennt das Gesetz nicht.

In der Vorwoche hat die Bundesregierung in einer prominent bestückten

Pressekonferenz ihre erste Nationale Sicherheitsstrategie [vorgestellt](#). Federführend bei ihrer Erarbeitung war Bundesaußenministerin Annalena Baerbock. Sie hat auch das umfangreichste Vorwort verfasst und einen großen Teil der Redezeit in Anspruch genommen. Ein Bereich, der ihr dabei als besonders wichtig erschien, war jener der „Resilienz“ – und dazu gehöre auch der Einsatz gegen die „Desinformation“.

Akteure aus dem In- und Ausland im Visier

Auf Seite 46 der Publikation beginnt das Kapitel über die „Resilienz“ als eines der drei Kernelemente der [Nationalen Sicherheitsstrategie](#). Baerbock und ihre Kabinettskollegen verstehen darunter die „Sicherung unserer Werte durch innere Stärke“.

<https://www.nationalesicherheitsstrategie.de/Sicherheitsstrategie-Zusammenfassung-DE.pdf>

.....Die Nationale Sicherheitsstrategie sieht zur Gewährleistung der „Resilienz“ auch einen Maßnahmenkatalog vor, den man gemeinsam mit den Ländern umsetzen wolle. Ein Arbeitsbereich dabei sei der Ausbau der „Analyse und Abwehr hybrider Bedrohungen“.

Zu diesem Zweck will man die „Analysefähigkeit unserer Nachrichtendienste“ stärken. Außerdem gehe es um die gezielte „Nutzung und Fortentwicklung bestehender Mechanismen und Strukturen zur Abwehr hybrider Bedrohungen“. Dies betreffe nicht nur den nationalen Rahmen, sondern auch EU, NATO, G7 und OSZE.

Vor allem aber kündigt die Bundesregierung an, eine „Strategie zum Umgang mit Desinformation“ vorzulegen. Man wolle in diesem Kontext die „Instrumente der Früherkennung von manipulativer Kommunikation im Informationsraum“ ausbauen. Zudem gehe es darum, „unsere Resilienz und Reaktionsfähigkeiten“ zu verbessern. Außerdem habe man die eigene Fähigkeit im Auge, „unsere demokratischen Werte und unsere Sichtweisen international überzeugend zu vertreten“.

<https://www.n-tv.de/wirtschaft/Deutsche-Post-streicht-sich-im-Firmennamen-weg-article24202242.html> 19.6.2023

Ab 1. Juli nur noch "DHL Group": Deutsche Post streicht sich im Firmennamen weg

Bei der Deutschen Post dominiert inzwischen das internationale Paketgeschäft. Deshalb benennt sich das Traditionsunternehmen nun insgesamt in DHL Group um. Konzernchef Meyer betont, dass eigentlich alles beim Alten bleibe. Die CSU sieht die Wurzeln der Post in Gefahr.

Die Deutsche Post DHL Group benennt sich um. Der global aufgestellte Konzern heißt künftig DHL Group, wie das Bonner Unternehmen mitteilte. Der Namensteil "Deutsche Post" fällt demnach zum 1. Juli weg. Schon jetzt stammten 90 Prozent des Konzernumsatzes aus Geschäften unter der Marke DHL, darunter das Paketgeschäft in Deutschland. Nur noch etwa ein Drittel der rund 600.000 Beschäftigten sind im einstigen Stammgeschäft tätig, dem Brief- und Paketgeschäft in Deutschland. Andere Konzernsparten wie Expressdienste, Frachtgeschäfte und Lieferkettendienstleistungen haben mit den Jahren an Bedeutung gewonnen. "Heute sind wir eines der internationalsten Unternehmen der Welt", sagte Konzernchef Tobias Meyer.

Der FDP-Abgeordnete Reinhard Houben zeigte sich verwundert. "DHL bricht ohne Not mit den historischen Wurzeln der Deutschen Post." Er verwies darauf, dass DHL die Abkürzung der Nachnamen der amerikanischen Gründer ist. "Jetzt haben wir also eine Firma, die sich im Namen explizit nur auf Amerika bezieht.".....

<https://report24.news/russische-und-chinesische-desinformation-eu-will-sogenannte-klimaleugner-demonetarisieren/> 13.6.2023

"Russische und chinesische Desinformation": EU will sogenannte Klimaleugner demonetarisieren

Es lebe die Klima-Panik! Plattformen, die die globalistischen Klimawandel-Narrative infrage stellen, sollen laut einer Resolution des EU-Parlamentes

demonetarisiert – also finanziell ausgetrocknet – werden. Man stellt diese als Teil einer russischen und chinesischen Desinformationskampagne dar, um so die Pressefreiheit zu untergraben.

.....Unter dem Deckmantel, sogenannte "Desinformationen" und angebliche "Hassrede" zu bekämpfen, wurde die Meinungs- und Pressefreiheit bereits in den letzten Jahren deutlich eingeschränkt. Auch mithilfe der "sozialen Medien", die zu einem proaktiven Handeln gezwungen wurden, indem man ihnen hohe Geldstrafen androhte.

.....Doch nun soll das Ganze noch weiter gehen – zumindest wenn eine [neue Resolution des Europäischen Parlaments](#) umgesetzt wird. Diese richtet sich vordergründig gegen den ausländischen (vor allem chinesischen und russischen) Einfluss auf die Medienlandschaft und die angebliche "Desinformationen über den Klimawandel".

Der "Meinungskorridor" in der Europäischen Union wird somit immer enger. Vom Mainstream-Narrativ abweichende Meinungen werden immer weniger geduldet – und immer häufiger bestraft. Und wenn man dabei selbst Desinformation verbreitet (wie die angebliche Finanzierung aus Russland oder China), um die betreffenden alternativen, freien Medien zu desavouieren und zu diskreditieren, dann bleibt dies ungestraft. Denn Kritiker der katastrophalen EU-Klimapolitik sollen mit allen (unlauteren) Mitteln mundtot gemacht werden.